

Inhalt

Funktionelle Arbeitslosigkeit.....	1
Reduzierung der Steuereinnahmen:	2
Privatisierung des Vermögens – Sozialisierung der Schulden.....	2
Runter mit den Löhnen.	3
Angebotsorientiert statt Nachfrageorientierung.....	3
Der soziale Druck in der Sorge um den Arbeitsplatz.....	4
Abgrenzen, Ausgrenzen, Aggression durch soziale Kälte:.....	6

Funktionelle Arbeitslosigkeit

Bisher funktionieren westliche Gesellschaften meist arbeitsteilig, dh unterschiedliche Berufe sind notwendig um unterschiedliche Bedürfnisse abzudecken. Leistung gegen Leistung (Tauschhandel früher) oder Leistung gegen Geld, womit wieder eine andere Leistung in Anspruch genommen werden kann. Angeforderte Leistungen muss man sich leisten können, denn Geld gibt es aber nur für bezahlte Arbeit und nicht alles was Arbeit ist wird als Arbeit im engsten Sinne verstanden.

Wer nichts oder wenig verdient, ist oder wird vom Wertschöpfungskreislauf ausgeschlossen. Wo zu wenig Geld verdient wird ist der Wertschöpfungskreislauf unterbrochen, der Inländische Absatzmarkt bricht weg.

Es heißt zwar, der Markt wäre gesättigt, aber der Markt ist nur punktuell gesättigt. Tatsächlich besteht ein großer Bedarf an Gütern und Dienstleistungen.

Weil kaum von jemanden hinterfragt wird, wer die eigentlichen Gewinner dieses Systems sind kann durch die vermeintlich fehlende "Generationengerechtigkeit" Druck auf gleich zwei Bevölkerungsschichten erzeugt werden. 1) Die Alten nehmen den Jungen den Arbeitsplatz weg. Sie haben keine Möglichkeit eine eigene Zukunft aufzubauen 2) Die Jungen werden immer bevorzugt. Zwar wird verlangt länger zu arbeiten, aber wohin?

Durch immer später beginnende oder immer wieder unterbrochene Erwerbsarbeit und frühzeitiges freisetzen von Humanressourcen gehen Ideen, Inspiration, Fähigkeiten und Kenntnisse unwiederbringlich verloren. Die Jungen wie die Alten sind mutlos und fühlen sich aus dem sozialen Leben ausgeschlossen und entwertet.

Fachkräftemangel? Wenn es einen Fachkräftemangel gäbe, müssten dann nicht die Arbeitslosenzahlen sinken? Gibt es unter all den vielen Arbeitslosen keine Fachkräfte, bzw wie ist die Definition von Fachkraft? Wo sind die Fachkräfte alle hingekommen die freigesetzt wurden um der Arbeitswelt als Ressource wieder zur Verfügung stehen zu können.

Schon frühzeitig wurde darauf hingewiesen, dass es demnächst zu einem Fachkräftemangel in Folge des demografischen Wandels kommen wird. Früh genug um einer möglichen Verknappung von Arbeitskräften vorzubeugen.

Arbeitslosigkeit als Problem von Angebot und Nachfrage wird gedacht. Gibt es ein Überangebot ist der Lohn zu hoch. Gäbe es einen Mangel müssten die Löhne steigen.

Trotz der real sinkenden Löhne steigen die Arbeitslosenzahlen von Jahr zu Jahr, weil, anders wie auf jedem Markt funktioniert die Arbeitswelt so leider nicht. Im Gegenteil. Je weniger die Leute

verdienen umso weniger können sie sich leisten, umso weniger wird verkauft umso weniger wird produziert.

Begonnen hat es damit, dass die höhere Produktionsleistung mit sinkende Preisen einherging. Für die Mengen an Produkten die jetzt abgesetzt werden mussten brauchte es dringend neue Absatzmärkte. Der Wettkampf um Märkte drückte weiter auf die Preise. Die Gewinne wurden kleiner. Da die Maschinen nicht besteuert werden konnten blieb als Einziges Löhne und Gehälter zu reduzieren damit am Ende die Gewinne wieder wachsen konnten. Die Gewinne legen kräftig zu auch auf Grund der fehlenden Besteuerung von Maschinen und Computern. Sie arbeiten fast fehlerfrei Tag um Tag und brauchen kaum Wartung. Die Wertschöpfung durch ihre Leistung stieg enorm. Damit begann die Umverteilung von unten nach oben.

Weiter musste auch die Einflussnahme des Staates auf die Unternehmen musste verringert werden. Die Gewerkschaften mussten a) mundtot gemacht und b) auf die eigene Seite gezogen werden.

Reduzierung der Steuereinnahmen:

In der engen Verwobenheit zwischen Wirtschaft, Politik und Medien entsteht eine Parallelwelt. Je höher die Verdienste umso weniger Berührungspunkte gibt es mit der realen „Außenwelt“, zu den Leuten die mit teilweise unter € 1000 im Monat auskommen müssen.

Immer mehr und immer weiter reduzierten Staaten, im Sinne von Wettbewerbssteigerung, die Einnahmen aus direkten Steuern (Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer) und erhöhten im Gegenzug die indirekten Steuern (Umsatzsteuer, Verbrauchersteuern), weil diese Steuern nichts so sehr ins Gewicht fallen. Ausgehend von einem überdurchschnittlichen Einkommen wird wenig für Verbrauchssteuern ausgegeben. Je niedriger das Einkommen umso höher wird im Verhältnis Einnahmen/Ausgaben der Anteil der Verbrauchssteuern. Wer so viel Vermögen hat, dass er von Zinsen bzw. Zinsezinsen¹ leben kann, gibt nichts mehr vom bestehenden Vermögen für Alltägliches aus. Das Vermögen bleibt, mangels lenkender Steuern, fast steuerfrei.

Um die Wirtschaft in ihrem Wettbewerbskampf zu schonen verzichteten die Staaten auf immer mehr Steuern. Dringend gebrachte Einnahmen um Geld für Sozialleistungen und den Erhaltung bzw dem Ausbau der Infrastruktur bereitstellen zu können. Um Geld in die Staatskassen zu holen wurde vieles an Staatsvermögen verkauft, Privatisiert, mit der Begründung private Unternehmen arbeiten effektiver. Was die Privatisierungen gebracht haben war vor allem einiges weniger an Dienstleistung. Weniger Anlaufstellen, weniger Personal, weniger Service, einhergehend mit Verteuerungen für den Einzelnen.

Privatisierung des Vermögens – Sozialisierung der Schulden.

Der Bürger zahlt alle Schulden, die eigenen und die des Staates.

Die Steuereinnahmen aus Kapitalerträgen werden weniger, die Zinserträge wachsen extrem an und irgendjemand muss für diese Zinsguthaben aufkommen, wenn jedem Guthaben eine Schuld gegenübersteht.

Die Besteuerung der Bürger nimmt zu. Je höher die Zinsen auf der einen Seite anwachsen umso schwieriger wird es diese Guthaben auf der anderen Seite zu erwirtschaften, auszugleichen. Nur ganz wenige Menschen profitieren vom sich immer mehr konzentrierenden Kapital aber sehr viele Menschen müssen für diese exponentielle anwachsenden Zinsguthaben mit ihrer Arbeitsleistung erwirtschaften.

¹ Online: Wikipedia 04.02.2016: Zinsezins ist Zins, der auf kapitalisierte (dem Kapital zugeschriebene) Zinsen vergangener Berechnungsperioden berechnet wird. Erforderlich ist somit, dass dem Kapital bereits fällige Zinsen zugeschlagen (kapitalisiert) wurden. sodass die neue Berechnungsgrundlage von Kapital und kapitalisierten Zinsen ausseht.

Staaten reduzieren Sozialleistungen. In fast keiner Familien reicht ein Job um der Familie ein gutes Leben zu ermöglichen. Nicht weil alle Familie so anspruchsvoll geworden wären, sondern weil die Reallöhne seit Jahren nicht mehr real gewachsen sind. Mehr Jobs, längere Arbeitszeiten, längere Erwerbszeiten. Auch das Geld zum Erhalt und Ausbau der Infrastruktur fehlt und wird reduziert. Allgemeingut, vor allem solches welches keinen Gewinn abwirft, wird als nicht Lohnenswert bewertet. Es ist deshalb nicht sinnvoll Geld in den Ausbau von Infrastruktur zu investieren.

Leider ist es so, dass es als völlig unmöglich gilt, dieses schon lange andauernde Wirtschaftssystem ernsthaft in Frage zu stellen. Viele haben nie etwas Anderes gesehen oder gelernt und wer nichts Anderes kennt kann sich Alternativen schwer vorstellen. Einige wüssten noch, dass es auch eine andere Zeit gegeben hat, in der es besser funktioniert hat und es sich besser angefühlt hat. Infrastruktur wurde ausgebaut. Die Löhne stiegen. Die Sozialleistungen wurden ausgeweitet. Kleine, regionale Unternehmen konnten gut leben. Es wurden nicht sinnloser Weise Güte von einem Teil der Welt in den anderen Verfrachtet. Hochwertige Produkte hielten lange und konnten immer wieder repariert werden. Die Gemeinden wurden nicht ausgehungert, es kam zu keiner Landflucht, weil es auch auf dem Land viel mehr Arbeitsmöglichkeiten gab. Objektiv gesehen ging es den Leuten damals besser.

Runter mit den Löhnen.

Das gefühlte weniger werden der Gehälter und Löhne ist nicht nur als einfache Empfindung Einzelner sondern auch in der Presse als "sinkende Reallöhne" angekommen.

Bei einem Überangebot an Arbeitskraft muss der Lohn klarerweise sinken, denn wären die Löhne nicht zu hoch, würden die Arbeitgeber mehr Leute einstellen. Außerdem soll mit weiteren Flexibilisierungsmassnahmen die angestrebten Beschäftigungsziele erreicht werden. Wer zu diesen angemessenen Löhnen und den flexiblen Arbeitszeiten, zum Wohle der Arbeitnehmer, nicht arbeiten geht, bringt keine Leistung im Sinne von Erwerbsarbeit und soll dann auch kein Recht auf Sozialleistungen haben.

Gerade noch fleißig gearbeitet und am nächsten Tag arbeitslos, faul und träge geworden. Das kann im Grunde jeden passieren.

Ein immer größer werdender Teil der Menschheit bekommt immer weniger, während andere, ganz Wenige immer mehr und mehr an sich reißen.

Die Angst vor dem sozialen und somit auch gesellschaftlichen Abstieg betrifft immer mehr Bevölkerungsschichten. Der Druck, sich mit schlechteren Arbeitsbedingungen und niedrigeren Löhnen zufrieden zu geben oder sogar einem Lohnverzicht zuzustimmen, steigt.

Seit Jahren wird Gebetsmühlenartig wiederholt wie wichtige es für unser aller Wohl wäre, genügsame und bescheidene Lohnerhöhungen zu akzeptieren oder vielleicht überhaupt auf Erhöhungen zu verzichten. „Wenn's der Wirtschaft gut geht, geht's uns allen gut“. So der Werbeslogan in Österreich. Mein Vorschlag: „Geht's der Wirtschaft gut, geht's der Wirtschaft gut“. Und so soll es ja auch sein, die Wirtschaft ist nicht sozial. „Soziale Marktwirtschaft“?! Im gleichem Masse wie das Wort „sozial“ immer kleiner und unbedeutender wurde, gewannen die Worte „Markt“ und „Wirtschaft“ immer mehr an Größe und Bedeutung. Alles dreht sich um Wirtschaft.

Angebotsorientiert statt Nachfrageorientierung.

Es ist nicht wichtig ob etwas gebraucht wird, wenn genügend „Bedürfnisse“ geschaffen werden, wird alles gekauft. Die Menschen müssen das Gefühl haben, ohne einen bestimmten Artikel nicht existieren zu können. Es muss wichtig sein dieses oder jenes zu besitzen, es ist nicht wichtig, ob der Gegenstand gebraucht wird, mit diesem Besitzen muss ein positives Lebensgefühl verbunden sein,

dann ist alles möglich.

Die Maschinen müssen ausgelastet, die Nachfrage muss angekurbelt werden. Wenn nötig müssen künstliche Engpässe „geschaffen“ werden um den Kaufimpuls zu erhöhen. „Nur noch ein Stück auf Lager“. Echte Bedürfnisse der Kunden sind nachrangig. Die Qualität von Fertigprodukten wurde/wird schlechter statt besser. „Jetzt noch besser!“ heißt nichts anderes, als jetzt noch billiger hergestellt, nachzulesen in jeder Produktinformation. Die Industrie braucht abhängige Menschen die kaufen. Weder selbst kochen noch stricken, weder Geräte selbst reparieren noch irgendetwas selbst erledigen. Abhängigkeit bindet die Kunden an den Markt.

Billigst erzeugt mit möglichst wenig Umweltauflagen, möglichst wenig Personalkosten, möglichst wenig Grundstückspreisen, möglichst wenig Aufwand, der Gewinn daraus bleibt im Unternehmen. Auch der Transport kostet fast nichts.

Umweltschäden und Entsorgungskosten übernimmt der Steuerzahler.

Damit der Steuerzahler trotz der zunehmenden Belastungen weiter kauft muss die Ware billig sein.

Unliebsame Konkurrenten werden durch Zusammenschluss aus der Welt geschafft. Damit wird man nicht nur lästige Konkurrenz los, sondern kann auch Personal einsparen. Freigesetzte Humanressourcen haben jetzt die Möglichkeit sich einer anderen Aufgabe zuzuwenden. Aufkaufen, Personal freisetzen, Unternehmen aus rentabilitätsgründen schließen. Wer nicht zugesperrt wird, wird Zulieferer, Beste Qualität zum allergünstigsten Preis, Just in Time – Lieferung, das erspart Lagerkosten. Regale im Handel müssen von den Lieferanten selbst befüllt werden, Rechnung werden dann bezahlt, wenn die Ware verkauft wurde. Was nicht verkauft werden konnte wird an den Produzenten zurückgeschickt. Risikoabwälzung, das Risiko liegt beim Erzeuger einer Ware. Wer zu diesen Bedingungen nicht mitspielt fliegt aus dem Regal.

Der soziale Druck in der Sorge um den Arbeitsplatz

(Arbeitsplatz)-Verlustangst: Abhängigkeit schafft treue „Gefolgschaften“. Dahinter verbirgt sich die Sorge, wer zu viel Geld in der Tasche hat, geht nicht arbeiten, sondern lässt sich vom Sozialstaat versorgen. Wer hingegen Angst davor hat die Arbeit zu verlieren und somit auch das Ein- und Auskommen, ist leicht manipulierbar und hat Angst sich zu organisieren. „Die blanke Not soll jeden zwingen, jeden Job anzunehmen.“

Zauberwort: Arbeitsplätze: Versetzen Sie sich in eine Spätmittelalterliche Zeit. Sie wohnen mit vielen anderen in einem Dorf abseits der Regentschaft. Was sie und alle anderen Dorfbewohner am meisten fürchten ist, wenn die Steuereintreiber kommen. Sie nehmen Ihnen nicht nur alles weg, sie verursachen auch beträchtlichen Schaden, absichtlich. Wer nächstes Mal die Fron schuldig bleibt weil die Felder verwüstet wurden, muss Frondienst leisten und hat nachher noch weniger wie vorher, bleibt also in Abhängigkeit bis die Schulden abbezahlt sind.

Ist es nicht ähnlich mit dem Wort „Arbeitsplätze“, braucht nur geflüstert werden und alle ducken sich vor der drohenden Gefahr

Ein tiefer Fall, der Abstieg vom Gehalt / Lohn zum Arbeitslosengeld und von da noch weiter runter bis auf Sozialhilfe, bei längerer Arbeitslosigkeit. Besonders für jene die schon jahrzehntelang gearbeitet und eingezahlt haben und somit auch entsprechende finanziellen Verpflichtungen zu leisten sind. Plötzlich ist nur noch Geld für das allernotwendigste vorhanden.

Einhergehend mit Steuersenkungen bestand die Absicht, ohne dass man es so bezeichnet hätte, einen breiten Niedriglohnsektor zu schaffen um bessere Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen. Lohndumping um die Wette mit anderen Industriestaaten.

Entstanden sind dabei auf der einen Seite hohe Gewinne - von denen niemand redet - auf der anderen Seite wird eine breit angelegte Verarmung der Gesellschaft die als „notwendig“ hingenommen auch der Marktberreinigung diene. Viele kleine Unternehmen und auch Bauernhöfe

wurden in den Konkurs getrieben.

Mittlerweile leben in vielen Gegenden, flächendeckend so viele armutsgefährdete Menschen, dass sie sich selbst nicht mehr als arm wahrnehmen. Langsam, über einen langen Zeitraum ging es wirtschaftlich bergab. Die zunehmende Armut ist so breit angelegt, dass es mehr und mehr zur Normalität wird vom sozialen Leben abgeschnitten zu sein und immer weniger Handlungsbedarf, seitens der Länder, besteht.

Natürlich wird es bemerkt, dass kein „freies“ Geld zur Verfügung steht, aber der Leidensdruck wird den Gewöhnungseffekt aufgehoben. Was in der Bevölkerung immer mitschwingt ist das Gefühl für immer weniger Entlohnung immer mehr Leistung erbringen zu müssen. Es wird alles teurer und es bleibt immer weniger übrig.

Über das Senken der Spitzensteuersätze und der Körperschaftssteuern wurde über Jahrzehnte eine Politik der sozialen Spaltung betrieben. Das frustriert und entzieht der Demokratie das Fundament, wie wir immer mehr bemerken können. Der Glaube daran, dass es besser wird in Zukunft verliert an Kraft.

Auf die vielen Krisen war es notwendig mit Lohnsenkungen zu reagieren, nur deshalb geht es der Wirtschaft doch immer noch gut und sind die Arbeitslosenzahlen doch eine lange Zeit halbwegs moderat gewesen. **Taschenspielertricks**. Nur mit Hilfe von statistischen Tricks konnten die Arbeitslosenzahlen, prekäre Dienstverhältnisse und geringfügig Beschäftigte heruntergespielt werden. Alleine schon deshalb, weil die Daten in unterschiedlichen Instanzen erhoben und zu unterschiedlichen Zeiten präsentiert werden. Die Menschen die unter prekären Verhältnissen arbeiten werden immer mehr und manche verdienen so wenig, dass sie trotz Arbeit sozialer Unterstützung bedürfen. Damit aber nicht genug, um weiter an der Lohnabwärtsspirale drehen zu können und die Leute willig auf billige Arbeitsplätze zu zwingen wird auch immer weiter am Sozialsystem gekürzt und so entsteht „**abgehängtes Prekariat**“. Als ob Prekariat nicht schon prekär genug wäre gibt es nun noch eine weitere soziale Unterschicht. Ihnen fehlt jede Planungssicherheit für das gesamte zukünftige Leben. Das heißt, wenn Kinder in eine solche Familie hineingeboren werden, können sich auch diese Kinder nicht mehr aus diesem Missstand befreien. Es gibt keine (statistische) Chance, aus eigener Kraft diese Unterschicht zu verlassen. Es fehlt an Allem.

Trotz der schlimmen Situation werden von Armut betroffene Personen und Familien nicht gezählt, sondern geschätzt.

Zu diesen Menschen gehören nicht nur Arbeitslose, sondern in gleichem Masse prekäre Dienstverhältnisse; Kunst- u. Freischaffende, geringfügig Entlohnte Arbeitsverhältnisse; (erzwungene) Scheinselbständigkeit, Praktikumsstellen und Stellen die auf Provisionsbasis (ohne Fixum) bezahlt werden. Ebenso gehören viele Selbständige dazu, die aus Mangel an Chancen am Arbeitsmarkt in die Selbständigkeit gegangen sind. Sie allesamt schaffen es oft mehr schlecht als recht über die Runden zu kommen.

Wer länger arbeitslos ist muss jeden Job annehmen. Wie die Wortwahl schon zeigt, das sind keine Arbeitsplätze, keine Dienststellen, auch der Beruf spielt oft keine Rolle, es sind Jobs, geringfügig entlohnt. Um überleben zu wollen braucht man davon gleich mehrere. Wird eine Stelle verweigert können Sanktionen durch das AMS gesetzt werden.

Unabhängig von Beruf und Ausbildung, wer um über die Runden zu kommen einen Job im Bereich der Geringfügigkeit annimmt hat für die Zukunft fast jede Chance vertan da auch noch irgendwie heraus zu kommen. Im Billiglohnsektor sind alle gleich chancenlos. Nur so können noch mehr und billigere Arbeitsplätze geschaffen werden und die Löhne weiter sinken. Das gleiche gilt im Bereich Leiharbeit, auch daraus gibt es kein Entrinnen. An einem Tag entlassen, am nächsten Tag als Leiharbeiter wieder eingestellt mit einem Gehalt, welches nicht den Kollektivlohnbestimmungen unterstellt ist. „Entweder du machst mit, oder kannst dir eine neue Arbeit suchen“. Wer möchte da

nein sagen?

Ein Irrtum zu denken, wer in diesem Bereich arbeitet, hat entweder keine ausreichende Qualifikation oder keinen Schulabschluss um etwas Anderes zu machen. In Ö wird vom AMS ohnehin statistisch nur erfasst was an Auswahlmöglichkeiten zur Verfügung steht: VS, HS, Lehre, Matura, FHS oder Universität. Alles was sich die Leute an Wissen im Bereich Erwachsenenbildung aneignen bleibt statistisch unausgewertet.

Abgrenzen, Ausgrenzen, Aggression durch soziale Kälte:

Wer das Geld hat, lässt sich nicht so gerne in die Karten schauen und ist froh, wenn die Auseinandersetzungen auf einem anderen Schauplatz stattfinden. Die Differenz zu hohen Einkommen und niedrigen Einkommen macht es einfach Gräben aufzureißen und medial diffuse Ressentiments unter den verschiedenen Bevölkerungsschichten zu schüren.

Wenn Angst herrscht nimmt Solidarität ab. Der soziale Zusammenhalt wird brüchiger und aus Angst vor einem eigenen, bedrohlichen Abstieg agieren Menschen immer selbstbezogener.

Schleichend, fast unbemerkt kommt es zu Spannungsfeldern in denen soziale Kälte herrscht. Die destabilisierende soziale Not einer wachsenden Gruppe wird wenig bis nicht wahrgenommen. Für die breite Masse der Arbeitstätigen sind vor allem Langzeitarbeitslose unfähig und/oder unwillig, es herrscht die Meinung vor, man sollte ihnen noch mehr Geld wegnehmen damit auch sie endlich arbeiten gehen wie alle anderen fleißigen und anständigen Menschen auch und nicht dem Staat (den braven Steuerzahlern) auf der Tasche liegen. Das bedeutet, dass Arbeitslose nicht nur schwer Arbeit bekommen, sondern auch auf unterschiedlichen Ebenen angegriffen werden.

In der öffentlichen Wahrnehmung faul, ungebildet. Für das AMS unwillig, unzuverlässig. Für den Staat; Sozialschmarotzer.

Lt einer Studie verändert längere Arbeitslosigkeit auch die Persönlichkeit. Klingt logisch, wer sich ausgegrenzt und teilweise auch schikaniert fühlt, kann das nicht jahrelang einfach so hinnehmen.

Wenn kein Umdenken passiert wird sowohl der angehäufte Reichtum auf der einen, als auch die stetig wachsende Armut auf der anderen Seite, vermehrt Folgen für globale Gesellschaft haben. Solidarität und Gerechtigkeit sind keine Ideologien die man einfach sein lassen kann, es sind Grundwerte des Zusammenlebens und machen das Zusammenleben überhaupt erst möglich.

Skrupellosigkeit, fehlende Rücksicht und Konkurrenzdruck härtet ab und führt zu mehr Gewalttaten. Gerade Mitteleuropäische Länder sollten in der Lage sein alle Bürger so zu versorgen, soziale Not dürfte kein Thema ist. Stattdessen werden Gruppen gestärkt und geschont die immer weniger zum gemeinsamen Wohlstand beitragen und damit den Staat auch noch angemessene Handlungsspielräume zum Versorgen aller Bürger rauben. Wer rücksichtslos auf die eigenen Vorteile bedacht ist sollte nicht auch noch belohnt werden. Das passiert aber gerade, wenn Lobbyisten und finanzstarke Interessengruppierungen sich darüber Sorgen machen, dass ihre Renditen zu niedrig ausfallen und ein Staat diese Sorgen für wichtiger und berechtigter hält als die Bedürfnisse der übrigen Staatsbürger.

Um Armut zu reduzieren braucht es tiefgreifende strukturelle Lösungen. Ein festes finanzielles Fundament für jeden Staatsbürger und eine Steuergerechtigkeit die diese Bezeichnung verdient. Die Gesellschaft würde mit einem Schlag wieder friedlicher werden.

Lt Christoph Butterwegge wirkte eben dieser Mechanismus schon in den 1930er Jahren, die damaligen Geschehnisse sind bekannt, was jetzt passieren wird, wenn die Armut in den scheinbar wohlhabenden Industrieländern voranschreitet, werden wir sicher erleben. Es besteht jetzt schon eine hohe Bereitschaft, auszugrenzen und verbal oder auch körperlich anzugreifen.

Trotzdem tut man so als wäre nichts und verschließt die Augen vor den zunehmend schlechten

sozialen Zuständen. Nicht nur, dass die Augen verschlossen werden, nein, Verbalattacken aus den 70er/80er Jahren werden wieder aus den Schubladen geholt. Demagogisch wird auf den demografischen Wandel hingewiesen - in dem unterschwellig die reichen Pensionisten den Jungen nicht nur das Geld wegnehmen, sondern auch deren Arbeitsplätze besetzen. Mit keinem Wort werden diejenigen erwähnt die schon lange nichts mehr in die Staatskassen einzahlen, sondern im Gegenteil immer weitere Steuerreduktionen verlangen um den vermeintlich gefährdeten Wirtschaftsstandort zu sichern.